Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte den Regionalleiter von Straßen.NRW, Herrn Ganz, und bat um Vorstellung der Ausbaumaßnahmen auf der A 565.

Nähere Einzelheiten des Vortrags können der als **Anlage 6** beigefügten Präsentation entnommen werden.

SkB Becker fragte nach, ob nach jetzigem Planungsstand bei der abgestimmten Vorzugsvariante auch ein Radweg vorgesehen sei und wenn ja, in welcher Qualität.

Herr Ganz erklärte, die Vorzugsvariante betreffe nur den 6-spurigen Ausbau der A 565. Zusätzlich gebe es einen Ratsbeschluss vom 14.12.17, der um Prüfung bitte, ob hier ein Radschnellweg möglich und sinnvoll wäre. Dies sei aber ein eigenständiges Prüfverfahren, das mit dem Landesverkehrsministerium abgestimmt werden müsse, während der Autobahnausbau eine Angelegenheit des Bundes sei. Die Entscheidung über den Radweg sei noch offen.

SkB Becker erwiderte, die Zuständigkeiten seien ihm bekannt. Aber Herr Ganz habe dargestellt, dass es einen ambitionierten Zeitplan für das Planfeststellungsverfahren gebe. Deshalb müsste auch schnellstmöglich eine Entscheidung über den Radweg getroffen werden. Der Fahrradverkehr spiele bei allen zukunftsfähigen Mobilitätskonzepten eine wichtige Rolle. Es könne nicht sein, dass ein Brückenneubau ohne schnellen Radverkehrsweg geplant werde.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an. Beim Neubau des Tausendfüßlers und einer Verbreiterung auf 6 Spuren müsse ein Radweg in die Planungen mit einbezogen werden. Das von Herrn Ganz angesprochene Klagerisiko werde dadurch nicht kleiner oder größer, dass die 6-spurig auszubauende Brücke zusätzlich noch um einen Radweg verbreitert werde.

Abg. Krauß erkundigte sich nach der Umleitungsstrecke, falls es während der Bauzeit zu einer einstreifigen Verkehrsführung kommen sollte. Darüber hinaus wollte er wissen, ob der Unfallschwerpunkt, der seinerzeit zu der Schließung des Vollanschlusses Eendenich geführt habe, durch die neuen Planungen beseitigt werde und ob in den Ausbauplanungen auch ein Ausbau des ABK Bonn-Nord berücksichtigt sei.

Herr Ganz erläuterte, bezüglich des Radweges entlang der A 565 befinde sich der Landesbetrieb in enger Abstimmung mit der Stadt Bonn. Außer dem Ratsbeschluss der Stadt Bonn zur Prüfung einer Radwegeverbindung gebe es aber bisher keinen Auftrag. Um als Auftragsverwaltung des Bundes tätig werden zu können, brauche er einen entsprechenden Beschluss des Bundes. Das Thema Einspurigkeit beziehe sich nur auf Einzelmaßnahmen im Rahmen von Nachtbaustellen und an Wochenenden. Zum „Eendenicher Ei“ habe es bisher erst einen Planungsworkshop mit der Stadt Bonn gegeben. Hier seien erste Konzepte und Ideen diskutiert worden – mehr nicht. Das Gleiche gelte für das ABK Bonn-Nord. Es sei zwar im Bedarfsplan für den Ausbau vorgesehen, konkrete Planungen lägen aber noch nicht vor. Zurzeit werde ein europaweites Vergabeverfahren vorbereitet, um erste Variantenuntersuchungen erstellen zu lassen.

Stv. Dr. Redeker bemerkte, ein Radweg mache nur Sinn, wenn man ihn auch in Eendenich bzw. über die Nordbrücke bis Beuel weiterführe. Darüber hinaus interessiere ihn, ob im Falle einer Entscheidung für einen Radweg jeweils getrennte oder ein gemeinsames Planfeststellungsverfahren durchgeführt werde. Letzteres würde er bevorzugen.

Herr Wiesner, Leiter des Dezernates Planung, Umwelt, Verkehr, bestätigte, dass sich die Stadt

Bonn bezüglich des Radweges mit dem Landesbetrieb in der Abstimmung befinde und der Rat einen Prüfauftrag beschlossen habe. Man sei sich aber noch nicht in allen Punkten einig. Insbesondere müsse die Finanzierung noch geklärt werden. Eine Antwort des Ministeriums stehe noch aus. Falls ein Radweg realisiert werde, müsse er technisch und zeitlich mit dem Neubau des Tausendfüßlers genau abgestimmt werden. Deshalb sollten sowohl die Planung als auch der Bau von einem Ingenieurbüro bzw. Bauunternehmen ausgeführt werden. Auch halte er nichts von getrennten Planfeststellungsverfahren.

SkB Becker schloss sich den Ausführungen von Herrn Wiesner an. Die Frage einer Radwegeverbindung müsse von vornherein in die Planung mit einbezogen werden. Er beantrage daher, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Beschluss-Vorschlag der Stadt Bonn übernehme und die Forderung nach der Aufnahme eines Radwegs in das Planfeststellungsverfahren von Straßen.NRW zum Neubau der A 565 unterstütze.

SkB Leuning äußerte, die SPD-Fraktion unterstütze gerne – wie von Herrn SkB Becker vorgeschlagen – einen Beschluss zum Radweg. Er fragte nach, ob bei den Überlegungen zum Vollanschluss „Endericher Ei“ auch die Verkehrsprognosen mit eingerechnet werden. Denn ein Vollanschluss bedeute nicht nur mehr Verkehr auf der Autobahn, sondern auch mehr Verkehr auf den angrenzenden städtischen Straßen.

Stv. Beu entgegnete, der Vollanschluss „Endericher Ei“ sei seinerzeit aus Sicherheitsgründen gesperrt worden, weil es Kreuzungen in der zunächst als Autoschnellstraße konzipierten Autobahn gegeben habe. Im Rahmen eines 6-spurigen Ausbaus der A 565 werde ein Vollanschluss wieder befürwortet, weil jetzt alle Verkehre bis Lengsdorf geführt werden müssen, um dort auf die Autobahn aufzufahren. Er habe allerdings Herrn Ganz so verstanden, dass es zunächst nur um den Ersatzbau des Tausendfüßlers gehe. Über den Vollanschluss könne erst danach diskutiert werden. Abschließend bat er Herrn Ganz um eine vorsichtige Zeitschätzung.

Herr Ganz antwortete, Ziel sei es, bis 2021 eine Variantenentscheidung zu erreichen.

Vor den weiteren Beratungen fasste der Ausschuss für Planung und Verkehr des Rhein-Sieg-Kreises entsprechend seiner Geschäftsordnung einen Beschluss zur Verlängerung der Sitzung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zum bisherigen Vortrag von Herrn Ganz vorlagen, ließ der Vorsitzende, Abg. Steiner, den Bonner Ausschuss über den Beschluss-Vorschlag der Bonner Verwaltung und den Ausschuss des Rhein-Sieg-Kreises über den Antrag des SkB Becker abstimmen (**s. hierzu TOP 10.2**).

Anschließend stellte Herr Ganz die vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgesehenen Baumaßnahmen 2018/2019 vor (s. hierzu **Anlage 6** der Niederschrift).

SkB Kicinski erkundigte sich nach den Maßnahmen an der Hochbrücke der B 42 bei Königswinter (Drachenbrücke).

Herr Ganz antwortete, die Statik von Brücken müsse in gewissen Abständen überprüft werden. Bei der Nachberechnung sei festgestellt worden, dass die Brücke nicht dauerhaft tragfähig sei und deshalb verstärkt werden müsse.